



Berlin, 4. April 2006

## GdP fordert mehr Unterstützung für Opfer von gewalttätigen Mitschülern

Berlin. „Wenn der Staat verpflichtet ist, die körperliche Unversehrtheit seiner Bürger zu schützen, dann gilt dies in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche. Deshalb sollte in der Diskussion um die zum Teil alarmierenden Zustände an Schulen mehr an die überwiegende Zahl der Opfer, als an die relativ kleine Zahl der Täter gedacht werden“, sagte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg. Schon erste Anzeichen von Gewalt und Verrohung in Wort und Tat müssten geahndet werden.

Es könne nicht sein, so Freiberg, dass Kinder und Jugendliche von wenigen Altersgenossen über lange Zeiträume bedrängt, erpresst, beleidigt, drangsaliert und in ihrer Schullaufbahn behindert werden können, ohne dass ihnen beigegeben werde. Außerdem hätten sie ein Recht darauf, ihre Schulstunden in einer „waffenfreien Umgebung“ zu verbringen. Die müsse, falls erforderlich, auch durch polizeiliche Durchsuchungen hergestellt werden.

Seit Jahren seien Warnungen der Gewerkschaft der Polizei vor einer zunehmenden Jugendgewalt in den Wind geschlagen worden. Freiberg: „Obwohl nicht nur die Zahl der Körperverletzungen stetig steigt, sondern auch der Anteil der von Kindern und Jugendlichen begangenen Körperverletzungen, ist uns immer Panikmache vorgeworfen worden. Dabei wurde übersehen, dass schon ein oder zwei gewaltbereite Schüler eine ganze Klasse umdrehen können.“

Wenn die anderen Mitschüler die Erfahrung machten, dass sie niemand vor ihren Peinigern schützt, passten sie sich ihnen an, um in Ruhe gelassen zu werden.

Freiberg: „Friedfertige und lernwillige Schüler dürfen nicht vorgeführt bekommen, dass nur diejenigen Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten, die stören, prügeln und beleidigen.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressesprecher:**

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

**Berlin:**

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190